

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Beginn der Brexit Gespräche](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Beschäftigungsausschuss: Aktualisierung der Europass-Webseite](#) 3
- [EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei](#) 3
- [Europäisches Parlament in Straßburg feiert 30 Jahre Erasmus+](#) 4
- [Zukunft der Kohäsionspolitik: EU-Abgeordnete fordern weitere Vereinfachung](#) 4
- [Klimaschutz: Europäisches Parlament billigt weitere CO2-Senkung](#) 5

Rat der Europäischen Union

- [EU bekennt sich zu einer handlungsfähigen und resilienten Zivilgesellschaft](#) 6
- [Rat betont Festhalten am Pariser Übereinkommen](#) 6
- [Besserer Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor krebserzeugenden Stoffen](#) 7

Europäische Kommission

- [Keine Umverteilung von Flüchtlingen: Kommission geht gegen Tschechien, Ungarn und Polen vor](#) 8
- [Mehr Sicherheit in der Luft: Registrierung von Drohnen soll EU-weit Pflicht werden](#) 8
- [Kommission genehmigt Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung in Deutschland](#) 9

Sonstiges

- [Kommissarin Malmström veranstaltete das Internationale Forum für Frauen und Handel](#) 10
- [Bildung: Lehre im Hochschulbereich muss besser unterstützt werden](#) 10
- [Startschuss für eine neue Generation der Europe-Direct-Informationszentren](#) 11

In eigener Sache

- [L'Academia dell'Euregio: Treffen mit Europaabgeordneten in der Gemeinsamen Vertretung in Brüssel](#) 12

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 13

Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Tagesordnungen der Institutionen 15

Impressum und Abbildungsverzeichnis 15

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

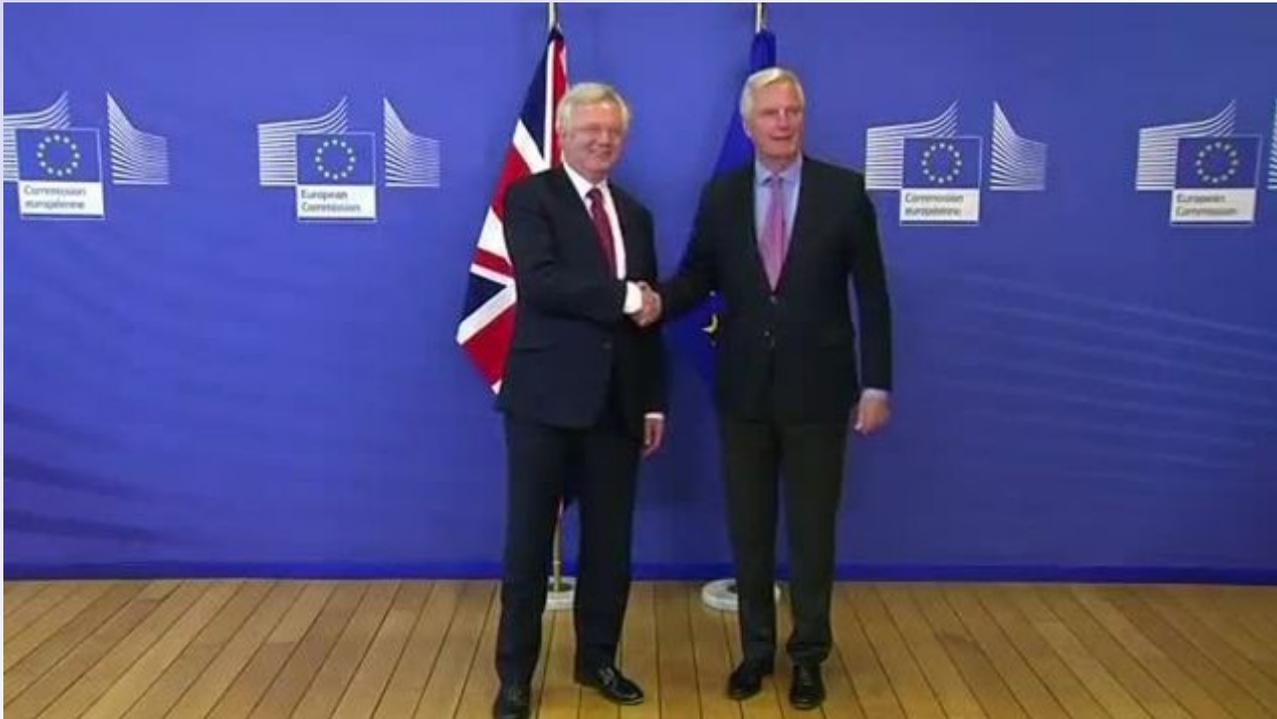
Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Beginn der Brexit Gespräche

Die Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich über ein Abkommen nach Artikel 50 haben am 19. Juni 2017 begonnen.



EU-Chefunterhändler Michel Barnier und David Davis, Minister für den Austritt aus der Europäischen Union, hatten sich am 15. Juni 2017 darauf geeinigt, die Verhandlungen nun zu beginnen. Am Anfang der politischen Verhandlungen stehen gemäß dem Prinzip des stufenweisen Vorgehens Fragen zu den Rechten der Bürgerinnen und Bürger, der

finanziellen Abwicklung, der nordirischen Grenze und anderer Separationsbestrebungen im Mittelpunkt. Die beiden Parteien diskutierten bereits über die Struktur der Verhandlungen und sprachen darüber, welche Probleme in den kommenden Monaten gelöst werden müssen.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Beschäftigungsausschuss: Aktualisierung der Europass-Webseite

Der Beschäftigungsausschuss und der Kulturausschuss stimmten am 21. Juni 2017 über eine Aktualisierung der Europass-Webseite ab.

Die Aktualisierung soll es Jobsuchenden leichter machen, ihre Qualifikationen möglichen zukünftigen Arbeitgebern europaweit zu präsentieren. Dazu fordern die Ausschüsse, dass das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union ein gemeinsames Rahmenwerk für die Europass-Dienste beschließen. Dieser Rahmen soll die

Europass-Dienste besser an die Bedürfnisse und Erwartungen von NutzerInnen und AnbieterInnen anpassen. Unter Berücksichtigung der nationalen Strukturen und der Verwaltungsregelungen sind Vereinfachung, Wirksamkeit und Effizienz die Hauptziele dieses Beschlusses.

[Mehr Informationen](#)

EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Die türkischen EU-Beitrittsgespräche sollten ausgesetzt werden, wenn die vorgeschlagenen Änderungen an der türkischen Verfassung vorangehen, so die Abgeordneten am 20. Juni 2017.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments billigt die Überprüfung des jüngsten Fortschrittsberichts der Europäischen Kommission über die Beitrittsgespräche mit der Türkei. Die Entschließung verlangt die Aussetzung der Beitrittsgespräche, wenn die türkische Regierung mit Verfassungsänderungen, die in einem sehr umstrittenen Referendum

genehmigt wurden, fortfährt. Dies fordert der Ausschuss vor dem Hintergrund von Befürchtungen, dass im Land fundamentale demokratische Prinzipien beschnitten werden. Er fordert des Weiteren ein Ende der Gespräche, wenn die Türkei die Todesstrafe wieder einsetzt.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament in Straßburg feiert 30 Jahre Erasmus+

Vergangene Woche stand eine Erasmus-Preisverleihung auf der Tagesordnung der Plenarsitzung in Straßburg.

Das Programm hat in den vergangenen 30 Jahren mehr als neun Millionen Menschen ermöglicht, im Ausland zu studieren, zu arbeiten oder eine Freiwilligentätigkeit auszuüben. Die Präsidenten des Parlaments und der EU-Kommission Antonio Tajani und Jean-Claude Juncker haben aus Anlass dieses runden Jubiläums Erasmus-TeilnehmerInnen aus jedem Teilnehmerland einen Preis verliehen. Zu den Feierlichkeiten gehörten auch eine Ausstellung über Erasmus+ sowie Debatten mit Erasmus-TeilnehmerInnen und

VertreterInnen nationaler Erasmus-Agenturen über die Zukunft des Programms. Erasmus ist eines der erfolgreichsten europäischen Programme. Es begann als Austauschprogramm für Studenten 1987 und besteht heute aus verschiedenen Bildungs- und Austauschprogrammen auch für SekundarschülerInnen, Auszubildende, LehrerInnen oder Freiwillige.

[Mehr Informationen](#)

Zukunft der Kohäsionspolitik: EU-Abgeordnete fordern weitere Vereinfachung

Am 14. Juni 2017 nahm das Plenum des Europäischen Parlaments mit großer Mehrheit eine Entschließung zur zukünftigen Ausgestaltung der EU-Kohäsionspolitik für die Zeit nach 2020 an.

Im Hinblick auf die nächste Periode dieser Politik, deren Hauptziel es ist, die nach wie vor bestehenden Unterschiede zwischen den Regionen zu verringern, sprachen sich die Abgeordneten unter anderem für weitere Vereinfachungsmaßnahmen in der Verwaltung und Implementierung aus. Die bestehende Kohäsionspolitik hätte die Auswirkungen der jüngsten Wirtschaftskrise und die der Sparmaßnahmen abgemildert; die regionalen Disparitäten blieben jedoch hoch. Weiters zählen eine adäquate

Mittelausstattung, eine Verbesserung von Synergien zwischen den einzelnen Fonds sowie eine Erhöhung der Visibilität zu den Prioritäten des Parlaments. Schließlich fordern die Abgeordneten auch eine Harmonisierung der regionalpolitischen Förderregeln mit dem EU-Beihilferecht, um die Effektivität der Kohäsionspolitik zu steigern. .

[Mehr Informationen](#)



Klimaschutz: Europäisches Parlament billigt weitere CO2-Senkung

Am 14. Juni 2017 billigten die Abgeordneten neue Vorschriften für verbindliche Treibhausgasreduktionen im Rahmen des Pariser Abkommens.

Diese geplante Verringerung der Treibhausgasemissionen wird dazu beitragen, das Gesamtziel der EU für 2030 - eine Senkung um 40% im Vergleich zu 1990 - zu erreichen. Die EU hat sich im Rahmen des Pariser Abkommens zu diesen Kürzungen verpflichtet. Die neuen Regeln ermöglichen es, das EU-Ziel in verbindliche, nationale Ziele umzusetzen. Dies gilt insbesondere für Branchen, die nicht Teil des CO2-Markts der EU sind, d.h. Landwirtschaft, Verkehr, Gebäudesektor und Abfallwirtschaft, die

zusammen für ungefähr 60% der EU-Treibhausgasemission verantwortlich sind. Jeder EU-Mitgliedstaat muss genau geplante Schritte zur Senkung seiner Emissionen einhalten, die von einem Ausgangspunkt im Jahr 2018 berechnet werden sollen, anstatt wie von der Kommission vorgeschlagen im Jahr 2020, um eine Erhöhung der Emissionen in den ersten Jahren oder einen Aufschub der Emissionsreduktionen zu vermeiden.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

EU bekennt sich zu einer handlungsfähigen und resilienten Zivilgesellschaft

Am 19. Juni 2017 hat der Rat Schlussfolgerungen zur Zusammenarbeit der EU mit der Zivilgesellschaft im Bereich der Außenbeziehungen angenommen.

Der Rat erkennt die vielfältigen Rollen an, die Organisationen der Zivilgesellschaft bei der Förderung der Demokratie sowie bei der Verteidigung von Rechteinhabern, der Rechtsstaatlichkeit, der sozialen Gerechtigkeit und der Menschenrechte spielen. In den Schlussfolgerungen wird betont, wie wichtig die Organisationen der Zivilgesellschaft für die erfolgreiche Umsetzung der Globalen Strategie der EU und der Agenda 2030 sowie die Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung sind. In einer Zeit, in der der Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft in immer mehr Ländern kleiner wird, bekräftigt

der Rat, dass die EU jede ungerechtfertigte Einschränkung der Vereinigungsfreiheit, der Meinungsfreiheit und des Rechts auf friedliche Versammlung ablehnt, durch die die Arbeit der Organisationen der Zivilgesellschaft behindert wird. In den Schlussfolgerungen wird auf die Verpflichtung der EU hingewiesen, eine bedeutende Rolle bei der Förderung entschlossenerer Standpunkte zu den bürgerlichen Freiheiten und gegen den schrumpfenden Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft zu spielen.

[Mehr Informationen](#)

Rat betont Festhalten am Pariser Übereinkommen

Der Rat „Umwelt“ hat am 19. Juni 2017 bekräftigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten am Pariser Übereinkommen und dessen uneingeschränkter Umsetzung festhalten.

Die Ministerinnen und Minister begutachteten die Fortschritte zu den zwei Gesetzgebungsvorschlägen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen in nicht unter das EU-Emissionshandelssystem fallenden Sektoren – der Lastenteilungsverordnung und der Verordnung über Landnutzung,

Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF-Verordnung) – und führten eine Orientierungsaussprache darüber. Der Rat nahm außerdem Schlussfolgerungen zum EU-Aktionsplan für Menschen, Natur und Wirtschaft an.

[Mehr Informationen](#)



Besserer Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor krebserzeugenden Stoffen

Am 15. Juni 2017 erzielte der Rat "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz" eine Einigung über den Schutz von mehr als vier Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit.

Die Präsidentin des Rates, Frau Helena Dalli, erklärte dazu: „Mit dieser Einigung können wir Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der EU besser vor krebserzeugenden chemischen Stoffen am Arbeitsplatz schützen. Dies ist besonders wichtig, da Krebs die häufigste arbeitsbedingte Todesursache in der EU ist.“ Mit der vorgeschlagenen Richtlinie sollen strengere Expositionsgrenzwerte und der

Hinweis „Haut“ für fünf Karzinogene sowie unabhängig von Grenzwerten für zwei weitere Karzinogene ebenfalls der Hinweis „Haut“ eingeführt werden. Karzinogene und Mutagene, die von der Richtlinie abgedeckt werden, sind etwa Mineralöle, die zuvor in Verbrennungsmotoren verwendet wurden und bestimmte polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffgemische.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Keine Umverteilung von Flüchtlingen: Kommission geht gegen Tschechien, Ungarn und Polen vor

Die EU-Kommission hat am 13. Juni 2017 Bilanz zur Europäischen Migrationsagenda gezogen und die Fortschritte bei der Umverteilung und Neuansiedlung von Flüchtlingen, der Erklärung EU-Türkei, der Einsatzfähigkeit der Grenz- und Küstenwache und der Umsetzung der Migrationspartnerschaften mit fünf afrikanischen Ländern bewertet.

Bezüglich der Umverteilung von Flüchtlingen hat die Kommission in den letzten Monaten diejenigen Mitgliedstaaten, die noch keine einzige Person umverteilt oder die keine entsprechende Zusage gegeben haben, wiederholt zum Handeln aufgefordert. Leider haben die Tschechische Republik, Ungarn und Polen trotz dieser wiederholten Aufforderungen unter Verstoß gegen ihre rechtlichen Verpflichtungen aus den Beschlüssen des Rates und gegen ihre

Verpflichtungen gegenüber Griechenland, Italien und anderen Mitgliedstaaten noch nicht die erforderlichen Maßnahmen getroffen. Vor diesem Hintergrund hat die Kommission gemäß ihrer Ankündigung im letzten Fortschrittsbericht zur Umverteilung und Neuansiedlung nun beschlossen, Vertragsverletzungsverfahren gegen diese drei Mitgliedstaaten einzuleiten.

[Mehr Informationen](#)

Mehr Sicherheit in der Luft: Registrierung von Drohnen soll EU-weit Pflicht werden

Wie Sicherheit und Umweltfreundlichkeit beim Betrieb von Drohnen in der ganzen EU gewährleistet werden können, hat die EU-Kommission am 16. Juni 2017 vorgestellt.

Bis 2019 sollen alle Drohnen und deren Betreiber registriert, elektronisch identifiziert und ihr Betrieb räumlich eingegrenzt werden können. Der Vorschlag umfasst Drohnen mit einem Gewicht bis zu 150 kg in einer Höhe von bis zu 150 m reichenden Luftraum („U-Space“). Schwerere Drohnen unterliegen bereits geltendem EU-Recht. EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc sagte: „Drohnen bedeuten Innovation, neue Dienste für Bürgerinnen und Bürger, neue Geschäftsmodelle und ein enormes Potenzial

für Wirtschaftswachstum. Wir müssen als EU das Steuer in der Hand haben und dafür sorgen, dass unser Markt für Drohnendienste bis 2019 startklar ist. Die EU muss wegweisend sein und für diesen Markt geeignete Rahmenbedingungen schaffen, damit zentrale Wirtschaftssektoren von ihm profitieren können und er so expandieren kann.“

[Mehr Informationen](#)



Kommission genehmigt Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung in Deutschland

Die Europäische Kommission hat am 16. Juni 2017 die Errichtung eines mit 24 Mrd. Euro ausgestatteten Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung in Deutschland genehmigt.

Deutschland beabsichtigt, die Verpflichtungen in Bezug auf die Entsorgung radioaktiver Abfälle und abgebrannter Brennelemente von den Kernkraftwerksbetreibern auf den Bund zu übertragen. Zu diesem Zweck wird ein neuer öffentlich-rechtlicher Fonds errichtet und mit den notwendigen Mitteln ausgestattet. Als Gegenleistung für die Befreiung von ihren Verpflichtungen im Zusammenhang mit radioaktiven Abfällen müssen die Kernkraftwerksbetreiber in

Deutschland Barmittel von insgesamt rund 24,1 Mrd. Euro in den neuen öffentlich-rechtlichen Fonds einzahlen. Dieser speist sich aus einem Grundbetrag, der den von den Betreibern bereits für diesen Zweck gebildeten Rückstellungen entspricht, und einem Risikoaufschlag, mit dem das Risiko künftiger Kostensteigerungen abgedeckt werden soll.

[Mehr Information](#)



Sonstiges

Kommissarin Malmström veranstaltete das Internationale Forum für Frauen und Handel

Am 20. Juni 2017 hat Cecilia Malmström, EU-Kommissarin für Handel, das Internationale Forum für Frauen und Handel in Brüssel veranstaltet.

Das Forum wurde in Kooperation mit dem International Trade Center (ITC) in Genf organisiert und thematisierte den Handel als Hebel für die wirtschaftliche Ermächtigung von Frauen. Das Forum zielte darauf ab, den Weg nach vorne zu ebnen und eine integrative Handelspolitik sowie die ITT-SheTradesinitiative zu unterstützen. Diese Initiative soll bis 2020 eine Million Frauen an die Märkte anschließen. Die Veranstaltung zog hochrangige Referenten aus der ganzen Welt an, darunter auch der Generaldirektor der Welthandelsorganisation Roberto

Azevêdo, der kanadische Minister für internationalen Handel François-Philippe Champagne und der dänische Minister für Gleichheit, Karen Elleman. Eine Reihe von prominenten Referenten aus dem Europäischen Parlament, der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen nahmen ebenfalls teil. Die Panellisten diskutierten über Themen, wie die Rolle der digitalen Wirtschaft und Handelsfinanzierung bei der Unterstützung von Unternehmerinnen.

[Mehr Information](#)

Bildung: Lehre im Hochschulbereich muss besser unterstützt werden

Lehrkräfte an Universitäten und anderen Hochschulen sind selten mit einer qualitativ hochwertigen Lehrausbildung ausgestattet.

Dies ist eines der Ergebnisse des Berichts „Modernisierung der Hochschulbildung in Europa: Akademische Mitarbeiter 2017“, der am 15. Juni 2017 vom Eurydice-Netzwerk der Europäischen Kommission veröffentlicht wurde. Dieser Bericht ist ein erster Überblick über die Situation der akademischen MitarbeiterInnen von Hochschulen in 35 europäischen Ländern. Weitere wichtige Erkenntnisse deuten auf einen Mangel an nationalen Strategien für die Personalplanung

in der Hochschulbildung hin, die zu Fehlanpassungen zwischen Personal und StudentInnenenzahlen, einer Erhöhung der Arbeitsunsicherheit von akademischem Personal, Ungleichgewichte in den Chancen für Nachwuchswissenschaftler im Vergleich zu ihren älteren Kollegen und Unterrepräsentation von Frauen in der akademischen Welt, vor allem in den höheren Reihen, führen.

[Mehr Informationen](#)



Startschuss für eine neue Generation der Europe-Direct- Informationszentren

Die EU-Kommission hat am 16. Juni 2017 die Aufforderung für die Einreichung von Vorschlägen für die Auswahl der neuen Generation von Europe-Direct-Informationszentren 2018-2020 veröffentlicht.

Europe-Direct-Informationszentren (EDIC) sind Einrichtungen, die als Schnittstellen zwischen der Bevölkerung und der EU über die Europäische Union informieren. Das gegenwärtige Netzwerk besteht aus über 500 Europe-Direct-Informationszentren (EDIC), die auf alle EU-Mitgliedstaaten verteilt sind.

Im Dezember 2017 läuft die derzeitige dritte Generation des EDIC-Netzwerks aus. Mit der vierten Generation des Netzwerks wollen die EU-Kommission und das Europäische Parlament im Zeitraum 2018–2020 erneut solche Einrichtungen unterstützen.

[Mehr Information](#)



In eigener Sache

L'Accademia dell'Euregio: Treffen mit Europaabgeordneten in der
Gemeinsamen Vertretung in Brüssel



Am 20. Juni 2017 waren die beiden
Europaabgeordneten aus der Region, Karoline
Graswander-Hainz und Herbert Dorfmann, zu

einer Diskussionsrunde gemeinsam mit der
„L'Accademia dell'Euregio“ in der
Gemeinsamen Vertretung.



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Consultation on the list of proposed projects of common interest in energy infrastructure - Additional projects in oil and smart grids](#)

Energie
3 April 2017 - 26 Juni 2017

[Öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Leitlinien zur Bewertung beträchtlicher Marktmacht](#)

Zugang und Vernetzung
27 März 2017 - 26 Juni 2017

[Konsultation zur Liste der vorgeschlagenen Vorhaben von gemeinsamem Interesse im Bereich der Energieinfrastruktur](#)

Energie
27 März 2017 - 26 Juni 2017

[Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der EU-Agenturen Eurofound, Cedefop, ETF und EU-OSHA](#)

Beschäftigung und Soziales
5 April 2017 - 5 Juli 2017

[Public consultation on the conflict of laws rules for third party effects of transactions in securities and claims](#)

Finanzinstrumente, Bank- und Finanzwesen
7 April 2017 - 30 Juni 2017

[Öffentliche Konsultation über das allgemeine Verbrauchsteuersystem – Harmonisierung und Vereinfachung Schwerpunkte Zoll, Steuern](#)

Zoll, Steuern
11 April 2017 - 4 Juli 2017



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Umwelt

Klima, Ressourceneffizienz, Rohmaterialien, Entkarbonisierung, Effiziente Wassernutzung, kulturelles Erbe, Kreislaufwirtschaft	GREENING THE ECONOMY*	07/03/2017 - 05/09/2017	€ 234.000.000
Bio-Produkt, Biomasse, Biokraftstoffe, Umweltauswirkung, Märkte, Nachhaltigkeit, ökologische Qualitätszeichen, Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft	BIO-BASED INNOVATION FOR SUSTAINABLE GOODS AND SERVICES - SUPPORTING THE DEVELOPMENT OF A EUROPEAN BIOECONOMY*	14/02/2017 - 13/09/2017	€ 26.470.000
Emission, Luftqualität, Diesel, Benzin	HORIZON PRIZE - ENGINE RETROFIT FOR CLEAN AIR*	12/09/2017	€ 1.500.000
Umweltverschmutzung, Gesundheit, Innovation, Nachträglichkeit	Materials for clean air	23/01/2018	€ 3.000.000
Saubere Motoren, Emission, Biokraftstoffe, Ingenieurwesen	HORIZON PRIZE - CLEANEST ENGINE OF THE FUTURE	20/08/2019	€ 3.500.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Katharina Deutschmann

Abbildungsverzeichnis

http://www.t-online.de/b/81/46/64/70/id_81466470/tid_da/eu-chefunterhaendler-michel-barnier-r-und-der-britische-brexit-minister-david-davis-in-bruessel-screenshot-reuters-.jpg